



syndicom

GEWERKSCHAFT MEDIEN UND KOMMUNIKATION
SYNDICAT DES MÉDIAS ET DE LA COMMUNICATION
SINDACATO DEI MEDIA E DELLA COMUNICAZIONE
SINDICAT DA LAS MEDIAS E DA LA COMUNICAZIUN

Die Sektion Bern syndicom
feiert:

125 Jahre
Sektor
Telecom/IT



Diese Broschüre befasst sich schwergewichtig mit dem 125-Jahr-Jubiläum der gewerkschaftlichen Bewegung im Bereich Telefon/Telekommunikation/IT. Diese Sparte unserer Bewegung wurde 1893 in Bern als eigenständige Sektion des Verbandes Eidgenössischer Telefon- und Telegrafener Arbeiter (VETuTA) gegründet (siehe Organigramm auf der hinteren inneren Umschlagsseite).

Ebenfalls zusammengefasst wird die gewerkschaftliche Geschichte der Bereiche Medien/Druck (gegründet 1848) und Post (gegründet 1885), welche auch Bestandteil der aktuellen Sektion Bern von syndicom, Gewerkschaft Medien und Kommunikation sind.

Susanne Keller,
Präsidentin Sektion Bern syndicom

Impressum:

Jubiläumsschrift «Die Sektion Bern syndicom feiert: 125 Jahre Sektor Telecom/IT»
Mit Beiträgen von Susanne Keller,
Daniel Münger, Adrian Flükiger,
Freddy Kircher, Roland Gutmann,
Christof Berger, Emil Schneuwly.
Bildmaterial:
Archiv der Sektion Bern syndicom,
Schweizerisches PTT-Museum Bern, zvg.
Grafik und Layout:
Christof Berger, Hinterkappelen
Druck und Ausrüstung:
Druckerei Hofer Bümpliz, Bern
Auflage: 500 Exemplare
Herausgeberin:
syndicom, Gewerkschaft Medien und
Kommunikation
Sektion Bern



Daniel Münger,
Präsident syndicom

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ein Vorwort für eine Jubiläumsbroschüre versucht in der Regel das Vergangene zu würdigen und die unbestrittenen Erfolge zu benennen. Für eine Gewerkschaft würde dies zu kurz greifen, da unsere Geschichte speziell in einem Jahr wo der Landesstreik vor 100 Jahren in all seinen Facetten beleuchtet wird. Deshalb wage ich einen Blick in unsere unmittelbare und weitere Zukunft.

Wir wissen aus der Geschichte der Arbeit und der Gewerkschaftsbewegung: Ökonomische Erneuerungen und technische Umwälzungen des Wirtschaftssystems sind immer Chancen, die Rechte von Arbeitnehmenden zu stärken, allerdings gilt es diese zu packen. Alle wichtigen sozialen Errungenschaften wie Sozialversicherungen, Arbeitszeitreduktionen, Arbeitslosenversicherung, Gesamtarbeitsvertrag, gewerkschaftliche Rechte etc. haben die Arbeitenden und ihre Organisationen in solchen Phasen erstritten. Heute befinden wir uns in einem historischen Umbruch, im digitalen Umbruch. Das stellt die Frage, wie der digitale Umbau gestaltet wird. Im Zentrum der digitalen Transformation steht die veränderte Bedeutung der Arbeit. Wie wir in der digitalisierten Welt arbeiten und leben werden hängt davon ab, ob wir diesen Prozess gestalten können.

Die neuen digitalen Techniken treiben die industrielle Revolution an. Aber kein Algorithmus entscheidet, welche Formen von Arbeit und Gesellschaft dabei entstehen. Wie wir die neuen Techniken nutzen wollen, entscheiden wir – die Menschen. Entweder wir verkürzen die Arbeitszeit, führen neue Arbeitsteilungen ein, schulen um, schaffen neue Jobs. Entweder zerstört die Digitalisierung Existenzen oder sie verbessert sie. Entweder profitiert nur das Kapital von der gesteigerten Wertschöpfung pro Arbeitsstunde oder die Menschen. Das ist die historische Wahl, die wir zugunsten des Menschen entscheiden müssen. Und damit uns das gelingt, müssen wir inhaltlich aufrüsten. Die Arbeitgeber tun dies intensiv. In Artikeln, Manifesten, Studien, Thinktanks und parlamentarischen Vorstößen machen sie klar, was für sie Digitalisierung bedeutet: Es ist für sie die Chance, den sozialen Fortschritt zurückzudrehen und die Arbeit zu deregulieren.



In ihrer digitalen Ideal-Welt haben sie wesentliche Teile ihrer Belegschaften ausgelagert. In Heimarbeit ohne soziale Absicherung, ohne Arbeitsgarantie und damit faktischer Arbeit auf Abruf und ohne Lohn- und Ferienanspruch. Die Gesellschaft wird durch-uberisiert und auf Plattformen wird die Arbeit feilgeboten.

Das Digital-Projekt der Arbeitgeber zielt auf einen historischen Bruch mit der sozial abgesicherten Arbeitsgesellschaft: Das sozialpartnerschaftliche Modell soll zerstört, die Arbeit dereguliert, die gewerkschaftliche Organisation ausgehebelt werden. Diesen brutalen Marsch rückwärts in frühkapitalistische Zeiten und in einen täglichen Überlebenskampf stellen die Digitalisierer als «Modernisierung», als technikgetriebenen «Fortschritt», als schöne neue Arbeitswelt von «Ich-Unternehmer und Unternehmerinnen» dar.

Digitalisierung ist eine Chance. Sie steigert die Produktivität, schafft damit Raum für bessere Arbeit, kürzere Arbeitszeiten, Wohlstandsgewinne und Weiterbildung. Sie erlaubt neue interessante Geschäftsmodelle, zum Beispiel für lokale Produktion und echte Share-Ökonomie, bei der es nicht um die Ausbeutung à la Uber, sondern um den kooperativen Tausch von Arbeit geht. Sie bringt neue Berufe hervor. Sie kann Transportwege verkürzen und macht breite ökologische Vorteile möglich. Wird sie klug eingesetzt, dient sie der Emanzipation des Menschen: Etwa durch familienfreundliche Organisation der Arbeit, Jobsharing, mehr Freizeit, mehr direkte Mitsprache und Mitgestaltung im Job, erhöhte demokratische Kontrolle und einiges mehr.

Das setzt beim Menschen Zeit frei für andere Tätigkeiten als Lohnarbeit. Fortschritt ist ein gutes Wort dafür.

Die Arbeit ist also der zentrale Kampfplatz der digitalen Transformation. Hier entscheidet sich der Weg für unsere Zivilisation. Wir stellen die Arbeit endlich in die Mitte der Gesellschaft zurück. Deshalb fordern wir ein Statut für die Arbeit in Gesetz und Verfassung. Wir nennen es das Recht auf Arbeit.

Aber allen voran braucht es uns. Es braucht Arbeitnehmende die wissen: Digitalisierung betrifft sie nicht nur. Digitalisierung wird von ihnen gestaltet. Es braucht Arbeitnehmende, die ein Recht auf Arbeit, das Recht auf fair entlohnte Arbeit einfordern. Es ist unsere historische Aufgabe, dass wir die Treiber und nicht die Getriebenen sind. Und wir müssen alle bereit sein, unseren Beitrag dazu zu leisten. Kurz: Noch nie waren Gewerkschaften so wichtig wie heute.

Kolleginnen und Kollegen:

Erzählen wir unsere Geschichte, seien wir stolz auf unsere Errungenschaften, ziehen wir die Lehren daraus, denn vieles wiederholt sich, debattieren und diskutieren wir und gestalten damit unsere Zukunft mit den Worten von Mahatma Gandhi:

«Zuerst ignorieren sie uns, dann lachen sie über uns, dann bekämpfen sie uns und dann gewinnen wir.»

Daniel Münger,
Präsident syndicom

1901.

April
14.

Tschannen, Schlachter. Die ersten zwei werden gewählt.
Als Ersatzmann für Beyeler, wenn dieser im Moment
nicht in Bern wäre, wird Tschannen gewählt.
Gfeller sagt Hr. Fleer sei auch am Sonntag zu
treffen auf seinem Bureau, will nachfragen ob
Hr. Fleer eine Delegation empfangen würde.

Traktandum II Da die Zeit ziemlich vorgerückt ist
werden vom Vorstand nur noch die Traktanden für die
Monats-Versammlung vom 21 April aufgestellt:
I Kassa, II Apell, III Protokoll vom 17 März 1901, IV Ein- &
Austritte, V Anträge an die Delegierten-Versammlung
VI Verschiedenes.

Schluss der Sitzung 11 Uhr.

Der Präsident:

Beyeler



Der Sekretär:

Prinz Beck

1901.

April
21.

Monats-Versammlung

Präsident Beyeler eröffnet die Versammlung um
10 1/4 Uhr. Lokal: Café Roth Zeughausgasse 3.
Traktanden liegen folgende vor: I Kassa, II Apell,
III Verlesen des Protokolls, IV Aufnahmen, V Anträge
an die Delegierten-Versammlung, VI Verschiedenes.

I Kassa wird von Sekretär Beck erledigt. Der Kassier
Fotay ist entschuldigt wegen Sonntagsdienst.

II Apell ergibt die Anwesenheit von 14 Mitgliedern.

III Protokoll vom 17 März 1901. wird vom Sekretär
verlesen & genehmigt.

IV Aufnahmen Zur Aufnahme ist angemeldet
Früh Demenga, Monteur. Dieser Colleague wird von
verschiedenen Collegen empfohlen & hinauf ein-
stimmig in unsere Sektion aufgenommen.

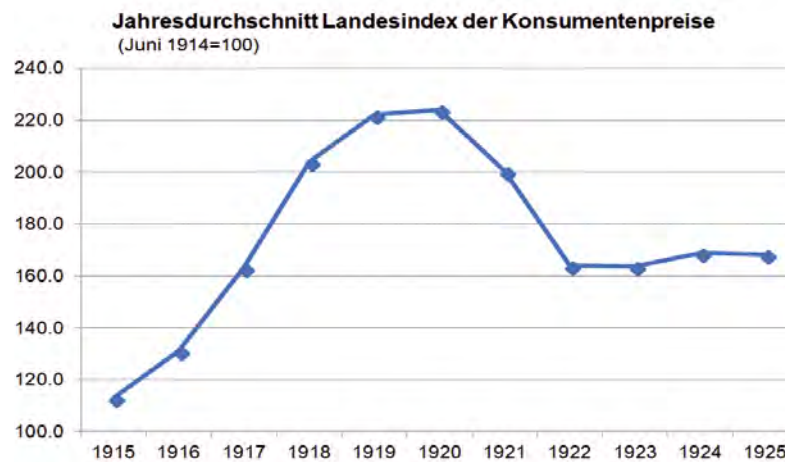
V Anträge an die Delegierten-Versammlung
Nach kurzer Diskussion wird auf Antrag Beyeler
beschlossen keine Anträge zu stellen an die Delegierten
Versammlung. Dagegen im Diversen eine Anregung
von Beck einzubringen dahingehend es seien
sämtliche Sektionen auf geeignete Weise zu ver-
anlassen ihre Versammlungen jerrteilen in der
'Union' zu publizieren, Dies geschieht bis jetzt nur

Im Sektionsarchiv der 1893 gegründeten Sektion Bern Telefon des Verbandes Eidgenössischer Telephon- und Telegraphenarbeiter kann anhand von vielen Dokumenten die gesamte Epoche der bisherigen 125-jährigen Gewerkschaftsgeschichte nachgelesen werden. Vieles ist in Textform, eher wenig ist an Bildmaterial vorhanden. Die verwendete Wortwahl ist teilweise rau, aber klar und unmissverständlich. Es lohnt sich durchaus, einiges besonders zu betrachten:

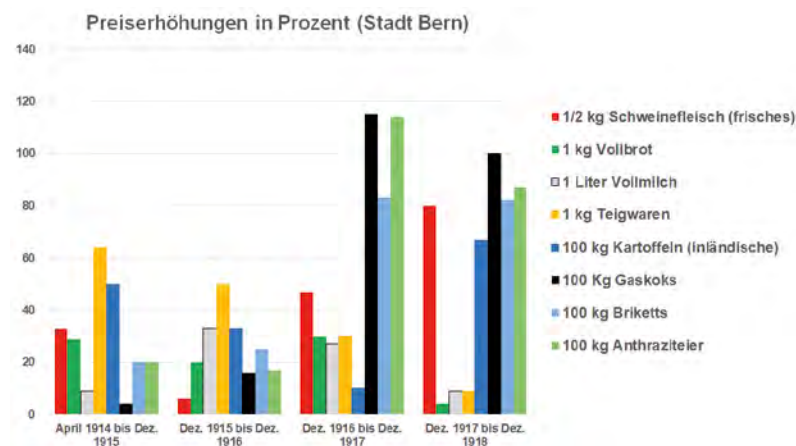
Auszüge aus dem Jahresbericht des Präsidenten A. Brotschi für 1918

Ausgangslage

1918 ging der erste Weltkrieg zu Ende. Nach der russischen Revolution im Vorjahr wehrten sich auch in der Schweiz die Arbeitnehmenden, vorab in den Städten, mittels Streiks gegen die miserable Versorgungslage mit Lebensmitteln, welche zudem zu horrenden Preisen angeboten wurden.



Im Jahresdurchschnitt 1918 lagen die Konsumentenpreise um mehr als das Doppelte so hoch wie im Juni 1914.



Die spanische Grippe und der Landesstreik

Die spanische Grippe forderte weltweit rund 50 Millionen Todesopfer. Krieg (Massenunterkünfte, Truppentransporte) begünstigte die globale Ausdehnung. In der Schweiz waren 24449 Tote (6,4 Promille der Bevölkerung) zu verzeichnen. Hauptbetroffene waren vor allem die damaligen Jahrgänge der 20- bis 40-Jährigen. Die zweite Grippeperiode überrollte die Schweiz in den Tagen des Truppenaufgebots und des Landesstreiks. General Wille sagte am 4. November 1918, es brauche trotz Grippe ein Truppenaufgebot. Für die Folgen trage er «ganz alleine die Verantwortung» und sei «bereit, sie zu tragen». Trotzdem gaben Rechtsbürgerliche, allen voran Jean-Marie Musy, der 1919 in den Bundesrat gewählt wurde, noch jahrzehntelang den Streikführern die Schuld an den Grippetoten.



Auswirkungen der spanischen Grippe

Die Grippe ging in mehreren Etappen über die Schweiz, was die Behörden veranlasste während gewisser Phasen grössere Ansammlungen und Versammlungen zu verbieten. Darunter fielen offenbar selbst Beerdigungen.

Der notwendige gewerkschaftliche Geist

Brotschi schreibt, dass er die Verhältnisse bei Amtsantritt als «besonders» empfand und sich zuerst einleben musste. Ein gewerkschaftlicher Geist sei wohl vorhanden- aber von nicht wirklich ausreichender Qualität gewesen, um die anstehenden Aufgaben lösen zu können. Er erwähnt eine vorhandene «Kleinlichkeitskrämerei» und persönliche Befehdungen, die zuerst mal minimiert werden mussten. Wie das ging, liest sich so: «Wenn auch dann und wann unter dem Einflusse eines starken Tabaks ein Sünder am Wickel genommen wurde, so hat das nicht geschadet. Wir haben uns gut vertragen gelernt, möge es auch weiterhin so bleiben.»

Er machte für die miserablen Lebensbedingungen eine «hirnverbrannte Kapitalistenclique» verantwortlich und schreibt dazu, dass bisher nur einige Kaiser- und Königskronen zum alten Eisen geworfen worden seien und dass zu dem vielen schon geflossenen Menschenblut wohl auch noch Bürgerblut fliessen müsse, bis der Zeitpunkt komme, an dem wieder ein Aufatmen möglich sei.

Selbst die kleine Schweiz, welche nicht direkt am Krieg teilgenommen hat, habe unsägliches leiden müssen und sich dabei geduckt, so wie man es wünschte. «Nur der Not, die hereinbrach und dabei die Arbeiter der elenden Verschuldung preisgegeben hat, diese Not wusste man im Bundeshaus

nicht zu steuern. Während diesen vier Kriegsjahren erliessen die Bundesbehörden Gesetzlein um Gesetzlein. Aber immer war es nur halbes Zeugs. Immer waren die Gesetzlein so zugeschnitten, dass ja der Bourgeoisie nicht allzu arg zugesetzt wurde.

Was die Arbeiterschaft in diesen vier Jahren an Demütigung hat erleiden müssen, ist nicht gering. So wurden die Maschinengewehre gegen sie in Stellung gebracht, wenn sie sich mittels Demonstrationen und Kundgebungen erlaubten zu protestieren gegen das Ungerechte, welches zu ertragen war.» Deshalb war das Jahr 1918 aus seiner Sicht wohl eines der bewegtesten in der bisherigen Geschichte der Gewerkschaft gewesen. Die Telephon- und Telegraphenarbeiter hätten denkwürdige Tage erlebt.

Dazu wurden im Berichtsjahr eine Haupt-, vier Quartals- und drei ausserordentliche Versammlungen abgehalten. Anlässlich einer dieser Versammlungen referierte der spätere Streikführer Robert Grimm zum Thema «Der Staatsarbeiter und die Politik». Brotschi berichtet, dass Grimm im Stande war aufzuzeigen, dass die Politik der Reichen den Staatsangestellten nicht gleichgültig sein dürfe.

Auf den Telephönlir wirkte sich die Politik beispielsweise so aus, dass die Auszahlung des Zahltages verschoben wurde. Begreiflich machen durfte ihnen dies der damalige Kassier des Telephonbureau Bern.

Dem Jahresbericht kann weiter entnommen werden, dass diese acht Versammlungen von ziemlich genau der Hälfte der damals rund 900 Sektionsmitglieder besucht worden sind. Brotschi fand das gar nicht toll. Er führte harsche Kritik an der abwesenden, anderen Hälfte: «Auf der Welt soll man nicht ungerecht sein und das wäre ich, wenn ich deren nicht gedenken würde, die nie an einer Versammlung teilgenommen haben. Auch sie will ich hier verewigen und wünsche ihnen gründliche Besserung.» Danach sind die 15 «Sünder» namentlich aufgeführt. Am Schluss steht dazu: «Darunter sind einige Wohlbekannte, die man eigentlich nicht mehr als Mitglieder aufführen sollte.» Warum, das zeigt sich später noch.

1.-Mai-Feier 1918

Brotschi schreibt dazu: «Speziell zu erwähnen ist der 1. Mai, an welchem unsere Telephon- und Telegraphenarbeiter mit wenigen Ausnahmen vollzählig am Umzug teilgenommen haben. Es war der erste Umzug, den ich mit ihnen machte. Ich bin auch jetzt noch stolz darauf, dass ich damals an der Spitze marschierend, die stattliche Anzahl übersehen konnte, die stramm vorbeimarschierte beim Paradestehenden Obertelegraphendirektor in der Neugasse. Die abkommandierten für die notwendigen Störungsbehebungen und Installationen schauten uns, da wo sie konnten, wehmütig zu. Ob es wegen dem Umzug war oder, dass die Anderen nun eins hinter die Binden giessen konnten, weiss ich nicht.»

Protest- und Generalstreik

Der Protest- und Generalstreik waren aus Sicht von Brotschi die wichtigsten Ereignisse des Jahres. Zum Proteststreik kam es, weil der Bundesrat die in Zürich aufgebotenen Truppen nicht in die Kasernen zurückschickte, worin sich eine verrückte Zürcher Regierung am Jahrestag der russischen Revolution aus Angst begeben und verschanzt hatte, was zu einem noch stärkeren Truppenaufgebot führte.

Dem Aufruf zum Proteststreik haben die stadtbarnischen Telephon- und Telegraphenarbeiter anschliessend ohne jede weitere Aufforderung Folge geleistet.

Das gilt auch für die Teilnahme am Generalstreik. Brotschi schreibt zu «unserem Verhalten»: «Am Vorabend sprach man sich aus, ob man mitwirkt oder nicht. Die Abstimmung zeigte mir, dass ich es mit selbstbewussten Leuten zu tun habe, die auch bereit waren alle möglichen Konsequenzen dafür zu tragen. Anschliessend wurden sämtliche Streikposten besetzt und man liess sich auch nicht von Drohungen aller Art wie «Gitterlogis» abschrecken.»

Fazit:

Andererseits räumt er dann ein, dass am Tag X leider doch nicht alle mitmachten. Dies beschreibt er so: «Der Spreu ist vom Kern gestoben. Diese Anzahl hat sich der ewigen Verachtung der Arbeiterschaft preisgegeben. Das war aber nicht anders denkbar, schliesslich haben diese Leute wäh-

rend des ganzen Jahres auch an keiner Versammlung teilgenommen.

Auf der einen Seite die Arbeiterschaft, auf der anderen die gelben Brüder und Verräter, die Maschinengewehre der Freiburger und Waadtländer Soldaten, die heldenhaften Dragoner aus dem Kabisland, ein verrückt gewordenes Bürgertum mit der Prügelwehr und ein Parlament über allen Hohn.

Für uns alle hatte die Aktion bis auf die materielle Einbusse der Löhne, welche aber durch den moralischen Gewinn mehr als aufgewogen wurden, keine Folgen.»

Nach Streikabbruch begab man sich dann in den Könizbergwald, um ein Bier zu trinken, welches man selbst hergestellt hatte (die Qualität liess offenbar zu wünschen übrig). Trotzdem (oder gerade deswegen) wurden zwei Kollegen nach Schwarzenburg abkommandiert, um dort einer verrückt gewordenen Telephonistin ihr «verläumderisches Mundwerk zu operieren», damit sie keine weiteren Unwahrheiten über die Telephönlir mehr in die Welt herausstreut.

Man wagt sich gar nicht zu Ende zu denken, was der Dicke und der Lange (so werden die zwei Abkommandierten beschrieben) alles gemacht haben. Brotschi wollte es wohl auch nicht so genau wissen, er schliesst: «Die Hauptsache ist, dass sie das geschwätzige Mädel in ihre Bahnen zurückgewiesen haben.»



Truppen auf dem Waisenhausplatz während des Landesstreiks.

Ein Jahr später: Präsident A. Brotschi schreibt über 1919

Die Kleinlichkeitskrämerei sei überwunden, die Diskussionskultur an den Versammlungen besser geworden, die Differenzen würden dort ausgetragen. Die Kriegsfolgen sind immer noch massiv. Aussenpolitisch soll der Völkerbund (eine Vorgängerorganisation der UNO) gegründet werden und es stellt sich die Frage, ob die Schweiz beitreten soll, was er ablehnt (die CH ist trotzdem beigetreten). Für ihn war es ein Kapitalistenbund. Offenbar waren die Parolen dieselben wie heute, wenn es um unser Verhältnis zur EU geht.

Er nennt in diesem Zusammenhang den damaligen Bundesrat Calonder einen Generalstreikkalender, der ob all seinem Einsatz für den Beitritt eine Herzschwäche erlitt, welche ihn zum Rücktritt zwang.

Das Bedauern hielt sich bei der Arbeitnehmerschaft, wegen der Rolle die Calonder als Bundespräsident während des Generalstreiks spielte, in engsten Grenzen. Für Brotschi war es gar eine Genugtuung, dass dieser – wörtlich – Erzreaktionär von der Bildfläche verschwunden ist, wenn auch nichts Besseres nachkam. Wichtig war auch, dass dieser Rücktritt noch vor der Debatte über das eidgenössische Besoldungsgesetz erfolgte.

Das 25-Jahr-Jubiläum wurde 1919 mit einem Familienabend gefeiert. Warum das Jubiläum erst 1919 über die Bühne ging, ist nicht genauer beschrieben. Es dürfte aber mit den diversen erlassenen Versammlungsverboten zu erklären sein. Gekostet hat der Anlass Fr. 348.20, wovon Fr. 226.25 durch freiwillige Spenden gedeckt werden konnten.

1.-Mai-Feier 1919

Laut Brotschi war es wieder ein flotter Tag und die Teilnahme, wie im Vorjahr grossartig, auch, wenn man unter dem eidgenössischen Zahltag stehe. Bedauerlich sei einzig, dass es immer die Gleichen seien, welche fernbleiben. Er nennt sie Salonmonteure die ebenfalls jeden Tag arbeiten müssen, wenn sie – wörtlich – gefressen haben wollen.

Streikunterstützung

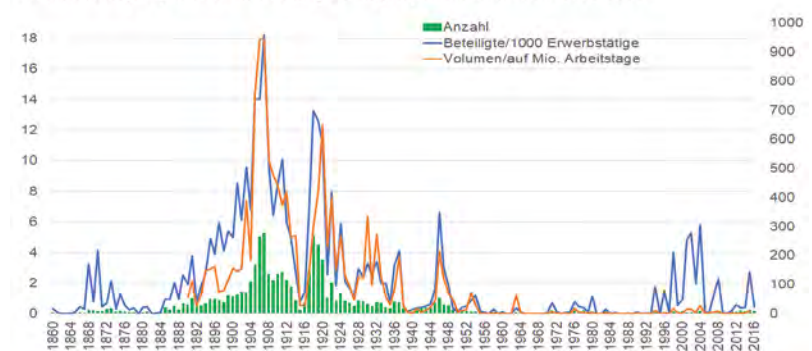
Für die Angestellten der Firmen Ryf (Textilbetrieb) und Tobler leistete man Streikunterstützung. Für die finanziell angeschlagene Tagwacht wurde gespendet und dazu aufgerufen diese Zeitung zu abonnieren, damit jeder jederzeit wisse, wo er hingehöre und was es politisch geschlagen habe. Warum dem nicht im gewünschten Masse so war, sah Brotschi wie folgt: «Leider hat manch einer daheim ein treu gesinntes, vaterländisch angehauchtes oder sonst mit einer anderen Krankheit befallenes Weiblein, die von dem Het-

zerblatt, das so manches an die Sonne bringt, nichts wissen wolle.»

Als Alternative schlägt er vor, ein eigenes 8 Seiten umfassendes Organ zu schaffen und dieses wöchentlich herauszugeben, was offenbar finanziell keine Schwierigkeit gewesen wäre. Dies, weil man seiner Meinung nach zu wenig bekannt sei und alles selber machen müsse. Auch erwähnt er, dass die damalige Gewerkschaft der Telephöner (zu) wenig in die Mitgliederwerbung investiere, im Vergleich zu denjenigen der Privatwirtschaft. Ob es dazu kam, dazu findet sich in den archivierten Unterlagen kein weiterer Hinweis.

Offenbar hat sich die Beteiligung am Generalstreik im Vorjahr grundsätzlich positiv auf den Mitgliederbestand ausgewirkt. Gleichwohl kam es auch zu Austritten, weil die politischen Einschätzungen sehr weit auseinander gingen. Brotschi kommentiert die Austritte grob – klipp und klar.

Arbeitskämpfe (Streiks und Aussperrungen) in der Schweiz 1860-2016



Quelle aller vorstehend abgebildeten Diagramme: Auszüge aus einem Referat von Dr. Adrian Zimmermann, Historiker, Delémont.

Wertung Streikbilanz aus heutiger Sicht

Diese Abbildung zeigt deutlich auf, dass man sich vor 100 Jahren gegen alle Arten von Ungerechtigkeiten sehr wohl zu wehren vermochte. Ein Geist, der leider nicht unbedingt in die Gegenwart hinüber transferiert wurde. Wer sich mit der aktuellen Lage der Dinge befasst, kann dies nur bedauern.



Telefonzentrale Bern, Lokalbatterie um 1896. (Bild: Museum für Kommunikation, Bern)



Oben: Gebäude der ehemaligen Hauptpost am Berner Bollwerk (Genfergasse 14). Erbaut 1905 wurde es Mitte der 1990er Jahre umfassend renoviert und dann nach der Jahrtausendwende sowie als Folge der Trennung von Post und Telefon der Swisscom zugeschlagen, welche den Komplex heute für den Telecom/IT Bereich verwendet. Die Poststelle Bern 2 wurde 2003 geschlossen.



Links: Telefonzentrale Bern, Lokalbatterie-Telefonzentrale um 1923.



Rechts oben: Telefonistinnen in der Telefonzentrale Überseeamt, 1958

Rechts unten: Artikel im Piazza-Magazin 6/05 über Roland Gutmann, welcher ab 1959 bis in die 70er-Jahre für alle Uhren bei der PTT und so auch für die Messung der Gesprächsdauer von Auslandvermittlungen zuständig war.

(Bilder: Museum für Kommunikation, Bern)

Uhrmacher Roland Gutmann war der Mann der Zeit bei den PTT

Die Uhren des kleinen Direktors

Es war die Schlangen am Montag, vor allem in den Sommermonaten. Tausende Anrufer suchten nach Gesprächsdauern. Roland Gutmann war damals in Bern für die Messung der Gesprächsdauer zuständig. Er war der Mann, der die Messung der Gesprächsdauer in den PTT übernahm. Er war der Mann, der die Messung der Gesprächsdauer in den PTT übernahm. Er war der Mann, der die Messung der Gesprächsdauer in den PTT übernahm.

Auszüge aus dem Jahresbericht des Präsidenten A. Huggler über 1926

Die wirtschaftliche Situation hat sich etwas, aber nicht nachhaltig, verbessert. Er beklagt die weltweite Einführung von Schutzzöllen (2018 sind die USA daran, ihre Stahl- und Autoindustrie auf diese Weise zu schützen) statt, dass man die Besitzenden gerecht besteuert. Die Parallelen sind auch hier klar gegeben. 2018 muss es die Schweiz irgendwie hinkriegen im Steuerwettbewerb «konkurrenzfähig» zu bleiben. Dem aktuellen Bundesrat ist dazu jedes Mittel recht. Weil er im Vorjahr die Abstimmung zu der Unternehmenssteuerreform III verloren hat, versucht er nun über Zuschüsse in die AHV dem «normalen Volk» die Vorlage Steuerreform 17 schmackhaft zu machen.

Die Arbeitnehmenden in den umliegenden Ländern wehrten sich 1926 erneut mittels Streik gegen den Zerfall der Arbeitsbedingungen. Die Schweiz spürt die Auswirkungen vor allem in einem Rückgang der Touristen und bei der Exportwirtschaft. Deshalb wurden auch hier Schutzzölle eingeführt. Genützt hat es nichts, weil die Konsumentenpreise im Inland viel zu teuer waren (Ausnahme: Der Milchpreis sank) und auch die Arbeitslosigkeit hoch blieb. Fazit: Die Gewerkschaften haben sich 1926 in der Schweiz insgesamt «ruhig» verhalten, um bestehendes nicht zusätzlich zu gefährden. Dazu kritisiert er auch die Auslagerung von Arbeiten durch die Verwaltung an die Privatwirtschaft.

Unterstützt wurden:

- die streikenden Bergarbeiter in England mit 50 Franken aus dem Vermögen und 1 Franken pro Sektionsmitglied. Schweizweit kamen so rund Fr. 200 000 zusammen – der Anteil der Stadt Bern lag bei rund 15 000 Franken.
- Einzelmitglieder in besonderen Notlagen.
- Die Schnitzlergenossenschaft Brienz, indem man einen Anteilsschein zeichnete und Preise für den Familienabend kaufte.

Die bürgerlichen Parteien wollten zusätzlich die Bewegungs- und Vereinsfreiheit «auf das denkbare engste Mindestmass» einschränken. Die Parlamentsdebatte über das Besoldungsgesetz muss von einem unsäglichen Kleinkrämergeist geprägt gewesen sein. Obwohl die PTT-Betriebe wieder Gewinne erzielt hatten wurde die Teuerungszulage nur für die erste Hälfte des Jahres 1927 gewährt, Beförderungen sistiert und die SBB verlängerten zusätzlich die wöchentliche Arbeitszeit.

Die Telephondirektion ihrerseits bot an hohen Feiertagen die Monteure am Vortag eine halbe Stunde früher zum Dienst auf und verfügte, bei auswärtigen Arbeitseinsätzen die dafür benötigte Zeit nur noch zu 50% anzurechnen. Diese – Zitat – «Rosstäuschermanier» führte zu grosser Entrüstung.

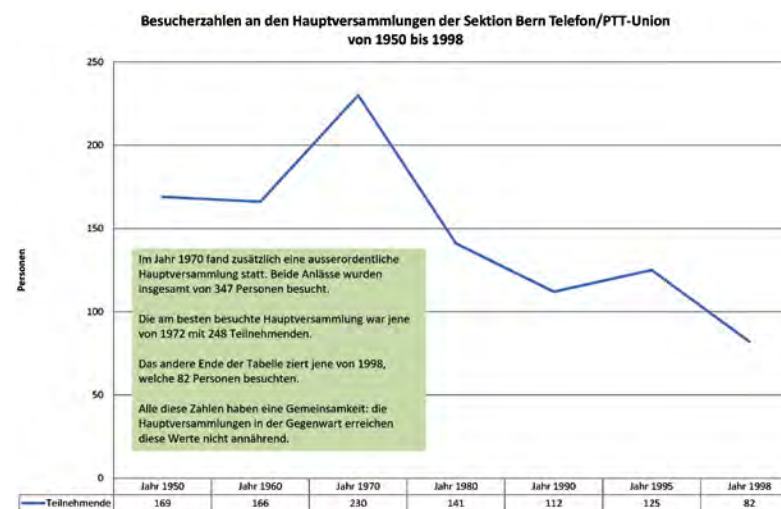
Materielle Forderungen in diesen Jahren:

- Höhere Löhne / Revision des Besoldungsgesetzes
- Massnahmen gegen enge Raumverhältnisse an den Arbeitsplätzen
- ...

1950

Aus dem Verband Schweizerischer Post-, Telephon- und Telegraphenangestellter entstand die Union des Schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafpersonalen, kurz PTT-Union.

Die untenstehende Grafik gibt Aufschluss über die Besuche der jeweiligen Jahreshauptversammlungen, welche von 1950 bis 1999 stattfanden. Mit 248 Teilnehmenden war die HV 1972 die am besten besuchte, während das andere Ende jene von 1998 mit 82 Personen zielt. Im Vergleich zu den heutigen Versammlungsbesuchen waren das goldene Zeiten.



Quelle: Präsenzbuch der Sektionsversammlungen



1993

100 Jahre Sektion Bern-Telefon der Gewerkschaft PTT Union. Am 20. November Jubiläumsfeier im Casino Bern unter der Leitung von OK-Präsident Roland Gutmann, welcher von 1992 bis 1999 auch Sektionspräsident war. Die 1 300 Mitglieder rekrutieren sich aus dem technischen Personal der Telecom PTT Direktion Bern, sowie der Generaldirektion.

1996

Der Nationalrat beschloss die PTT-Reform, was die Auflösung der PTT-Betriebe und deren Aufteilung in «Die Schweizerische Post» und «Swisscom» bedeutete. Im folgenden Jahr schloss sich der Ständerat dem Nationalrat an. Die Umsetzung sollte auf den 01. Januar 1998 erfolgen. Die PTT-Reform markierte den Dammbbruch bezüglich der Auflösung des Beamtenstatus und der Privatisierung von damaligen Staatsbetrieben. Die PTT-Union hätte



Oben: Ausrüstung der automatischen Telefonzentrale Bern-Bollwerk I, 1926.
 Unten: Telefonzentrale im Bundeshaus in Bern, 1947. (Bilder Museum für Kommunikation, Bern)



Im Archiv befindet sich auch das Gründungsprotokoll des Telephon-Männerchors Bern vom 11. Dezember 1919, der offenbar eine Zeitlang als «Verein im Verein» geführt wurde und bis 1975 existierte.

es in den Händen gehabt, gegen die Zerschlagung der PTT-Betriebe das Referendum zu ergreifen und damit wenigstens einen Versuch zu machen, die neoliberale Welle zu bremsen. Sie entschied sich am 2. Mai an einer a.o. Delegiertenversammlung im Verhältnis von 2:1 allerdings, diesen Schritt zu unterlassen und sich dem Schicksal zu fügen.

Die Telecomsektionen betrachteten insbesondere ihren Bereich als die Milchkuh, welche die damals unrentable Post quersubventionierte, und befürworteten auch deshalb die Trennung. Zudem versprach man ihnen einen 14. Monatslohn.

Das Referendum wurde von Kreisen primär aus der Westschweiz in der Folge trotzdem ergriffen. Letztlich scheiterte aber das Vorhaben, die PTT-Reform einer Volksabstimmung zuzuführen dann trotzdem, weil die nötigen Unterschriften nicht zusammenkamen.

Das Personal verlor in dieser Auseinandersetzung viel: Lohndruck und Auslagerungen werden zur Normalität. Und dass die Swisscom kurz nach der erfolgten Reform den Abbau von 6000 Stellen bekannt gab, ja, das gab dann auch den Telecom-Kolleg/innen zu denken.

1999

Nach der Zerschlagung der PTT-Betriebe und der Aufteilung in Post und Swisscom brachen die Auswirkungen dieser Liberalisierung mit geballter

Wucht auf die damaligen PTT-Personalverbände ein. Mit der Fusion der Gewerkschaften PTT-Union (uniformiertes Personal Zustellung, Verarbeitung, Transport Post; Telekommunikation), VSPB (Verband Schweizerischer Postbeamtinnen und Postbeamten), SPV (Schweizerischer Posthalterverband), VSTTB (Telekommunikationspersonal) und Teilen des PVB (Personalverband der Bundesverwaltung) zur Gewerkschaft Kommunikation entstand eine Branchengewerkschaft. Die Sektion Bern-Telefon fusionierte mit dem VSTTB.

Gewerkschaft Kommunikation

Der Zusammenschluss erfolgte auf den 01. April 1999. Das bedeutete für den Bereich Telecom, dass die Ortssektionen des VSTTB und der PTT-Union zusammengeschlossen wurden. Die Gründungsversammlung fand am 14. Januar 1999 im Hotel Bern statt.

Nicht mitgemacht bei diesem Zusammenschluss hat damals die Telecom-Sektion des PVB, im Gegensatz zu der Postsektion des Personalverbandes der Bundesverwaltung. Diese Sektion hiess fortan «Zentrale Bereiche Post» und organisierte vorab das Personal der damaligen Generaldirektion Post in der Schönburg und bei Postfinance.

Neuer und erster Präsident der Sektion Telecom wurde Georg Bodmer. Er trat damit die Nachfolge von Roland Gutmann an. Dieser war damals schon pensioniert und wirkte fortan und bis heute als Präsident der nationalen



Kundgebung «Jetzt mehr Lohn!» vom 12. November 2005.

Pensionierengruppe, welche ebenfalls 1999 gegründet worden war.

Zur Unterstützung und Entlastung der Sektionen wurden Regionalsekretariate in Bern, Lausanne und Zürich eingerichtet. In den Folgejahren entstanden insgesamt 10 regionale Standorte. Erster Regionalsekretär in Bern wurde Andreas Keller (bis Ende Juni 2018).

Auf Bundesebene wurde die Abschaffung des Beamtengesetzes (Beamtenstatus) und Einführung des neuen Bundespersonalgesetzes vorbereitet. Die Gewerkschaften und Personalverbände des Bundespersonals wehren sich schliesslich mit einem Referendum gegen diese Gesetzesvorlage. Allerdings erfolglos. Die Volksabstimmung Ende 2000 zementierte das neue Personalgesetz mit über 60 % Ja-Stimmen.

2003

Fusion mit der Sektion Thun Telefon (mit 349 Mitglieder), damit erhöht sich der Mitgliederbestand auf 2000 Personen.

2005

Am 12. November führte die Gewerkschaft Kommunikation in Bern eine eigene Kundgebung für «Jetzt mehr Lohn!» durch. Über 3000 Personen nahmen an dieser Protestaktion auf dem Waisenhausplatz teil.

2006

gelingt es nach längerer Zeit ohne Präsidium mit Ursula Meier-Grunder die erste Präsidentin zu wählen. Georg Bodmer verlor als Folge diverser Reorganisationen seinen Arbeitsplatz bei der Swisscom, trat zurück und fand beim Kanton eine neue Anstellung.

2010

Die Schweizerische Sterbekasse Telecom wird auf Ende 2010 aufgehoben. Die Sektionssterbekasse war bereits auf Ende 2006 aufgeöst worden.

2011

Mit der Fusion der Gewerkschaften Kommunikation und comedia (Graphische Industrie und Verpackungsdruck, Buch- und Medienhandel, Presse und elektronische Medien, visuelle Kommunikation) wurde das Spektrum des gewerkschaftlichen Organisationsbereiches verfeinert und namentlich um den Bereich Medien (ex comedia) erweitert.

Der Sektionsname wird ebenfalls angepasst und lautet seither Bern syndicom. Die Mitgliedschaft setzt sich seither aus folgenden Bereichen zusammen: ICT (Telecom/IT), Telecomgewerbe, Call-Center, Facility Management, die bis dato in der Sektion Zentrale Bereiche Post vertretene Mitgliedschaft kam ebenso dazu wie die Branchen, welche die Berner Sektion von comedia organisiert hatte. Insgesamt tritt syndicom heute in 13 Branchen als Gewerkschaft auf.

Auf dem Platz Bern hatte dies zur Folge, dass die Sektion Bern Postpersonal weiterhin den Schwerpunkt in den Branchen Post/Logistik und Personentransport abdeckt während die Sektion Bern syndicom in diesem Bereich vorab bei Postfinance und am Hauptsitz der Post auftritt.

Das Präsidium übernahmen zu Beginn Ursula Meier-Grunder und Peter Reichen. Derzeit wird die Sektion von Susanne Keller geführt.

Für die Rentner/innen besteht seit 1960 als eigenständiger Verein die Pensioniertenvereinigung Bern. Dort zusammengeschlossen sind die Rentner/innen der Sektionen Bern Postpersonal und Bern syndicom (Bereiche Post und Telefon/Telecom) sofern diese ihren Beitritt in diesem Verein zusätzlich erklärt haben.

Daneben bestehen Rentnergruppen für die Bereiche GIV BO, GIV Bern mit Alte Garde und SLB sowie die ehemalige Sektion Zentrale Bereiche Post.

2018

Die Sektion Bern syndicom hat Anfangs Jahr 3472 Mitglieder, davon 1164 Pensionierte. 100 Mitglieder feiern in diesem Jahr ihre 70, 60, 50, oder 40 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit. Sie werden zu einem Essen in Bern oder Thun eingeladen.

Gerber Willy (Jg. 1925)	
Kohler Ernst (Jg. 1919)	1953 bis 1957
Hoppler Alfred	
Scherz Werner	
Probst Fritz (Jg. 1932)	1979 bis 1983
Leiser Max (Jg. 1942)	1983 bis 1985
Roth Anton (Jg. 1943)	1985 bis 1992
Gutmann Roland (Jg. 1936)	1992 bis 1999
	OK-Präsidium Jubiläumsfeiern 1993 und 2018
Bodmer Georg (Jg. 1953)	1999 bis 2004
Meier-Grunder Ursula (Jg. 1957)	2006 bis 2013 / CO-Präsidium ab 2011
Reichen Peter (Jg. 1971)	2013 bis 2015 / CO-Präsidium ab 2011
Keller Susanne (Jg. 1958)	Verantwortliche 2015 bis 2017 / ab 2017 Präsidentin
Isler Beat (Jg. 1966)	CO-Präsidium 2016 bis 2017



Der langjährige Sektionspräsident, Präsident der Pensioniertengruppe syndicom und OK-Präsident der Jubiläumsfeiern 1993 und 2018 Roland Gutmann (r) im Gespräch mit einem Vorstandsmitglied der IG Pensionierte.

Swisscom Stellenabbau

Obwohl die Swisscom für das erste Quartal 2018 einen Gewinn von 2.9 Milliarden Franken ausweist, kündigt sie gleichzeitig den Abbau von rund 700 Arbeitsplätzen bis Ende 2018 an. Der gewerkschaftliche Widerstand fordert die Belegschaft auf, sich mittels einer Petition gegen den Abbau zu wehren, um Druck auf den Bundesrat ausüben zu können: Wer unterschreibt, erhält im Raum Bern eine Tafel Schokolade.

Heisser Herbst 2018?

Vielleicht hilft die Ankündigung der Arbeitgeber im Bausektor, dass sich das noch entwickelt. Weil offenbar die Finanzierung der vorzeitigen Pensionierung der Bauarbeiter mit 60 nicht mehr gewährleistet sein soll, ist dort mit anderen Mitteln der Auseinandersetzung zu rechnen. Wo gehobelt wird, fallen bekanntlich Späne – hoffentlich auch diesmal und mit entsprechender Signalwirkung!

Ein solches Zeichen kann auch der Anfang Juni 2018 neu ausgehandelte GAV für die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie setzen, enthält er doch eine Regelung, mit der die Teuerung endlich wieder automatisch ausgeglichen wird. Das muss künftig auch wieder in den GAV's unserer Branchen enthalten sein.

Digitalisierung und Industrie 4.0

Die nächste industrielle Revolution bringt eine fortschreitende Digitalisierung und damit eine weitere Verlagerung bisheriger manueller Tätigkeiten hin zu einer abermals verstärkten Übernahme durch die Elektronik. Am Kongress 2017 hat syndicom mittels diverser Arbeitspapiere ihre Positionierung dazu vorgenommen. Theoretisch sind wir in dieser Sache sicher gut aufgestellt. Ob das in der Praxis dann auch hinlänglich wird, wird sich zeigen. Die Hausaufgaben dazu sind im Grossen und Ganzen gemacht.



SDA Warnstreik und Streik

Die Zerschlagung der Schweizerischen Depeschagentur ist ein besonders dreistes Stück unrühmlichen Arbeitgeberverhaltens. Wer allerdings aus dem Unternehmensnamen ableitet, dass es sich dabei um einen Betrieb der öffentlichen Hand handelt, irrt. Einzig bei der Finanzierung ist, so scheint es, ohne Bundesmittel nicht über die Runden zu kommen. Ansonsten sind die Hauptaktionäre die Zeitungsverleger, allen voran die Tamedia-Gruppe. Diese erweist sich als der gewohnte «harte Hund» in den Auseinandersetzungen.

Erfreulicherweise gelingt es den Angestellten, sich zusammenzurufen, um gemeinsam mit syndicom den Eignern die Stirn bieten zu können. Auf die Warnstreiks folgen mehrtägige Vollstreiks, die effektiv von praktisch der gesamten Belegschaft mitgetragen werden.

Auch wenn die Diskussionen dazu teilweise schier endlos zu dauern drohen, sind sie doch ein herausragender basisdemokratischer Meinungsbildungsprozess, der immer klare Mehrheiten bringt, welche dann auch entsprechend mitgetragen werden.

Andererseits hat der Zermürbungsprozess der Arbeitgeberseite leider auch Erfolg. Mit zunehmender Dauer erlahmt die Streikbereitschaft, um schliesslich ganz zu erliegen.

Ende Juni 2018 konnten dann aber doch zwei von drei Hauptforderungen durchgesetzt werden:

- Ältere Mitarbeitende über 60 Jahre erhalten das Angebot zur Wiederanstellung mit Kündigungsschutz.
- Der Sozialplan wird in entscheidenden Punkten verbessert.

Nicht durchsetzen liess sich die Forderung, dass für die betroffenen älteren Mitarbeitenden eine Lösung gefunden werden muss, die sie finanziell nicht in die Misere stürzt.

Die SDA-Redaktion hat dem Vorschlag der Einigungsstelle zugestimmt und erklärte damit den Arbeitskampf bei der SDA für beendet. Dennoch sind nicht alle Herausforderungen vom Tisch. Die Redaktion fordert auch für die Zukunft einen Einbezug in personalrelevante Entscheidungen und erhofft sich von der neuen Leitung einen konstruktiveren Dialog.



Postautoskandal

Beim Schreiben dieser Zeilen ist das mögliche strafbare Ausmass in diesem Subventionsskandal noch nicht geklärt. Im Januar wurde publik, dass Postauto bei den Offerten illegal mit Zuschlägen operiert hat, obwohl dies im durch die öffentliche Hand subventionierten Bereich für den Betrieb von Linien des öffentlichen Verkehrs verboten ist. In einem Zeitraum von rund 10 Jahren wurden so mindestens 78 Millionen Franken mehr Einnahmen erzielt, andere Quellen gehen von minimal 107 Millionen aus.

Ging man im Herbst 2017 noch davon aus, dass der Rücktritt des damaligen Postautochefs im Frühjahr 2018 vorzeitig und freiwillig erfolgen würde, war dies rund 3 Monate später die sofortige Freistellung. Auch der Finanzchef von Postauto musste den Sessel räumen, er wurde allerdings lediglich intern versetzt. Die Konsequenzen, welche der CVP-Filz in der postalischen Chefetage aus diesem Skandal zieht, der durch die interne Kontrolle des Bundesamtes für Verkehr aufgedeckt wurde, wirken nur halbherzig – kein Wunder, schliesslich sind der Verwaltungsratspräsident Schwallier und der Chef der Aufsichtsbehörde Postcom, Hollenstein, sowie die in der Regierung für die Post zuständige UVEK Chefin, Bundesrätin Leuthard, CVP-Mitglieder. Wenn am Schalter in die Kasse unlauter gegriffen wird und man es merkt, fliegt die schuldige Person fristlos. Hier wird mit völlig ungleichen Massstäben gemessen. Die Überlegungen, warum syndicom aktu-

ell hier nicht sichtbarer und fordernder auftritt, ist für nicht Wenige eher unverständlich. Die Fallentwicklung wird zeigen, ob das die richtige Strategie war.

Es versteht sich von selbst, dass die Deregulierer, Privatisierer und Abbauer des öffentlichen Dienstes nun Morgenluft wittern und sich für eine vollständige Loslösung der Infrastrukturbetriebe Post, SBB und Swisscom stark machen. Die Swisscom ihrerseits hatte riesiges Glück, dass ihr Datenleckskandal, der praktisch zeitgleich mit dem Postautoskandal zusammenfiel, von dessen Grössenordnung in den Schatten gestellt wurde. Insgesamt zeichnen sich rund um den öffentlichen Dienst ab, dass grosse gewerkschaftliche Herausforderungen auf uns warten.

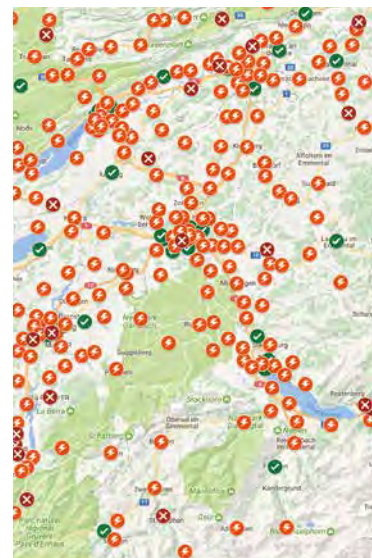
Da weiterhin mit monatelangen Abklärungen zu rechnen ist, kann hier nicht weiter auf diese Sache eingegangen werden. Der Imageverlust ist trotz bereits erfolgter (Teil-) Rückzahlung enorm und die Zeche, das kann man hier als Behauptung in den Raum stellen, werden die Postautowagenführenden bezahlen. Nämlich dann, wenn die Kantone bei künftigen Ausschreibungen andere Anbieter mit Konzessionen berücksichtigen werden – Himmeltraurig.

Am 10. Juni 2018 rollen plötzlich gelbe Köpfe. Die Konzernleiterin Frau Ruoff tritt per sofort zurück. Neben ihr trifft es die gesamte verbliebende Geschäftsleitung von PostAuto (ohne den Interimsleiter), die Leiterin der inter-

nen Kontrollstelle der Post und in den Tagen danach auch erste Mitglieder des Post-Verwaltungsrates. Das ist der Stand der Dinge bei der Drucklegung dieser Broschüre.

Poststellennetz

Der Kahlschlag, welcher 2017 angekündigt wurde, nimmt die befürchteten Formen an. Praktisch wöchentlich geht irgendwo im Kanton ein Rollladen für immer runter.



Postfinance AG

lagert die gesamte Belegverarbeitung des Zahlungsverkehrs an die Posttochter SPS aus. Die ehemaligen Postcheckämter wurden schon zu Beginn der Jahrtausendwende in Verarbeitungszentren des Zahlungsverkehrs «umgetauft». Nun geht diese Tätigkeit, welche sich in den letzten Jahren stark von der Papierverarbeitung in eine zunehmend elektronische Verarbeitung umgewandelt hat, weg vom eigentlichen Kernbetrieb.

Für die Mitarbeitenden bedeutet dies nach den gesetzlichen Bestimmungen, dass sie nach Ablauf des ausgehandelten Sozialplans (die bisherigen Anstellungsbedingungen nach GAV Postfinance AG konnten für 21 statt lediglich 12 Monaten im entsprechenden Papier verankert werden), zu teils deutlich schlechteren Bedingungen unter dem GAV SPS AG weiterbeschäftigt werden, sofern dies für sie eine Option ist.

Am 5. Juni 2018 kündigt Postfinance abermals einen Abbau von 500 Vollzeitstellen an. Betroffen werden rund 1000 Personen sein. Da dieser Abbau vorab den eigentlichen Finanzsektor betrifft, wird sich zuerst noch weisen müssen, wieviel gewerkschaftlicher Druck aufgebaut werden kann, damit es effektiv zu erweiterten Sozialplanmassnahmen kommt, so wie dies das einschlägige Papier eigentlich vorsieht.

Frühzustellung von Tageszeitungen

Der Betrieb heisst Presto AG und ist eine 100%-Tochterfirma der Post CH AG mit eigenem GAV und über 10000 Angestellten Schweizweit, welche dafür sorgen, dass die Abonnenten von Tageszeitungen ihr Leibblatt täglich bis 6.30 Uhr im Briefkasten haben.

In der Region Bern liegt der Stundenlohn bei aktuell Fr. 17.50. Eindeutig zu wenig, insbesondere dann, wenn dieses Einkommen praktisch das Haupteinkommen ist. Der aktuelle GAV läuft Ende Januar 2019 aus. Ziel muss es folglich sein, den Organisationsgrad in diesem Bereich markant zu steigern. Um die Situation dieser Angestellten zu verbessern, werden immer wieder Informationsanlässe durchgeführt, so wie am 14. April, als nahezu 200 Personen unserer Einladung folgten.

Fairlog

Der Name steht für ein gemeinsames Projekt von syndicom, SEV und Unia, um das private Transportgewerbe im Logistikbereich zu organisieren. Hintergrund ist die Absicht gewisser politischer Kreise, das sogenannte Kabotageverbot aufzuheben. Dieses Regelung verbietet aktuell Betrieben aus dem EU-Raum, in der Schweiz Inlandtransporte durchzuführen.

Manch einem der hiesigen Transportfirmen wie Giezendanner, Planzer und Co. respektive deren Fahrpersonal droht ein echtes Waterloo, wenn dieses Verbot fällt. Konkurrenzfähig sein sieht dann ganz anders aus. Die Schwierigkeit liegt darin, die betroffenen Chauffeure effektiv dafür sensibilisieren zu können, was das für sie und ihre Löhne sowie die Arbeitszeiten bedeuten wird.

Volksinitiative für fairen Wettbewerb – zum Schutz von Gewerbe und Beschäftigten

Weil überhaupt im öffentlichen Beschaffungswesen der Wurm teilweise richtig tief «drin isch», hat der kantonale Gewerkschaftsbund im Frühling 2018 eine Initiative lanciert. Diese soll der Unsitte von Subunternehmerketten nach Auftragsvergabe und dem damit zusammenhängenden Lohndumping weitergehende Riegel schieben können. Ziel muss es bleiben, dass in der Schweiz und im Kanton Bern orts- und branchenübliche Löhne bezahlt werden, welche den Arbeitnehmenden gute Ein- und Auskommen ermöglichen. Die flankierenden Massnahmen zum Arbeitnehmerschutz im Abkommen betreffend die Personenfreizügigkeit machen eben schon Sinn. Und solange diese Verträge zwischen der Schweiz und der EU gelten, ist ihnen nachzuleben. Punkt. Schluss!

Entspannung

Als Ausgleich zum Drunter und Drüber an den Arbeitsplatzfronten gehören auch alle Formen von Betriebsbesichtigungen, wie hier zuletzt in Interlaken bei der Brauerei Rugenbräu.



1918 – Generalstreik

Das Oltener Aktionskomitee und der Föderativverband hatten eine grosse Aktion für Nachsteuerungszulagen eingeleitet und drohten im Verweigerungsfall mit einer Gesamtarbeitsniederlegung. Die Teuerung hatte 90% erreicht!

Die Sektion Bern stellte zuhanden des Föderativverbandes Antrag auf

- die Nachzahlung der 1915 sistierten Lohnerhöhung von Fr. 300.–
- eine Kriegshilfe von Fr. 60.–
- eine Kinderzulage von Fr. 10.– pro Monat
- eine Brotzusatzkarte für das Postpersonal
- Beitritt zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund

Die politische und wirtschaftliche Willkür sowie das soziale Elend, welches nach Ende des ersten Weltkrieges auch in der Schweiz herrschte, musste ganz einfach zum Generalstreik führen. Gemäss Bundesratsbeschluss musste die Verwaltung vom Gehalt zwei Streiktage in Abzug bringen, was jedoch jeder Kollege mit Stolz auf sich nahm.

1919 bis 1939

Weil ein grosser Teil der Mitglieder, welchen die neue politische Ausrichtung nicht gefiel, den Austritt gab, spaltete sich die Sektion Bern. Die Ausgetretenen schlossen sich in einer neuen Sektion mit dem Namen «Neutrale Sektion Bern-Mittelland» zusammen. Der Jahresbeitrag musste auf Fr. 20.– erhöht werden. In diesen widrigen Zeiten herrschte trotzdem grosse Solidarität gegenüber Arbeitslosen. Während den Zwischenkriegsjahren spendeten die Sektionsmitglieder fast Fr. 6000.– zur Unterstützung von diversen Streiks und zur Linderung der Arbeitslosigkeit.

1933

Die Sektion beschloss, dem kantonalen Gewerkschaftsbund beizutreten.

1939 – 1945 – Zweiter Weltkrieg

- Die Löhne des Bundespersonals wurden um 13% gekürzt!
- Das Arbeitsgesetz wurde ausser Kraft gesetzt!
- Die Arbeitszeit wurde ohne Lohnausgleich auf allgemein 9 Stunden festgesetzt.
- Ferien- und Ruhetage wurden nur noch nach Möglichkeit gewährt.
- Bereits pensionierte Kollegen bis zum 68. Altersjahr konnten wieder zur Arbeit verpflichtet werden.

1950

Aus dem Verband Schweizerischer Post-, Telephon- und Telegraphenangestellter entstand die Union des Schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafpersonals, kurz PTT-Union.

1960

Die Sektion Bern Post wurde 75 und zählte 1511 Mitglieder.

1985

Der Jahresbericht weist den Bestand von 1835 Mitgliedern aus und das 100-Jahr-Jubiläum der Sektion Bern Post wird gefeiert.

1989

Mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 und der Auflösung der Sowjetunion 1991 änderte sich weltweit die Wirtschaftsphilosophie. Während des Kalten Krieges hatte im Westen das System der sozialen Marktwirtschaft dafür gesorgt, dass der Wohlstand für grosse Bevölkerungsschichten gewachsen und Arbeitskämpfe weitgehend ausgeblieben waren. Gleichzeitig mit dem Zerfall des kommunistischen Systems setzte sich dann aber die Ideologie des Neoliberalismus durch. Dieses Wirtschaftsdenken will möglichst wenig Staat und dafür freie Fahrt für das Finanzkapital und Konzerne, was seither weltweit zu enormen und immer noch wachsenden Einkommens- und Vermögensunterschieden führt. Mit «Change Post», «OFS», «Briefpost 2000», oder «SOP» im Zustelldienst wurden auf Postseite erste Projekte in einer langen Reihe von Umstrukturierungs- und Reorganisationsmassnahmen umgesetzt, welche die Belegschaft nachhaltig verunsicherten.

Die Personalverbände erwiesen sich vorerst als zu träge, sich dieser Entwicklung anzupassen. So lehnte beispielsweise der Kongress 1991 in Basel einen Berner Antrag noch wuchtig ab, welcher die Gründung einer Gesamtgewerkschaft des PTT-Personals verlangte.

Ein Jahr später wurde durch die Bildung eines Kreisvorstandes PTT-Union,

bestehend aus den Sektionen Bern Post, Bern-Bahnpostpersonal, Emmental, Ob- und Nid-Ob- u. Oberland den neuen Gegebenheiten immerhin ein erstes Mal Rechnung getragen. Im Mai 1994 folgte der nächste Schritt, indem der Kreisausschuss PTT-Vereinigung gegründet und die Zusammenarbeit mit dem Beamten- und Posthalterverband intensiviert wurde. Auf Sektions-ebene wurden die Kräfte durch den Zusammenschluss mit der Sektion Bern Bahnpostpersonal unter den Namen Bern Postpersonal gebündelt. Zudem fusionierten die Sektionen Emmental und Ob- u. Nid-Ob- u. Oberland unter den neuen Namen Emmental-Ob- u. Nid-Ob- u. Oberland Post.

1996

Der Nationalrat beschloss die PTT-Reform, was die Auflösung der PTT-Betriebe und deren Aufteilung in «Die Schweizerische Post» und «Swisscom» bedeutete. Im folgenden Jahr schloss sich der Ständerat dem Nationalrat an. Die Umsetzung sollte auf den 1. Januar 1998 erfolgen. Die PTT-Reform markierte den Dammbbruch bezüglich der Auflösung des Beamtenstatus und der Privatisierung von damaligen Staatsbetrieben. Die PTT-Union hätte es in den Händen gehabt, gegen die Zerschlagung der PTT-Betriebe das Referendum zu ergreifen und damit wenigstens einen Versuch zu machen, die neoliberale Welle zu bremsen. Sie entschied sich am 2. Mai an einer a.o. Delegiertenversammlung im Verhältnis von 2:1 allerdings, diesen Schritt zu unterlassen und sich dem Schicksal zu fügen. Die Telecomsektionen betrachteten insbesondere ihren Telecombereich als die Milchkuh, welche die «unrentable» Post quersubventionierte, und befürworteten deshalb die Tren-

Pferdepost
Rüeggisberg-
Hinterfultigen.



nung. Zudem zahlte man ihnen einen 14. Monatslohn aus.

Das Referendum wurde von Kreisen primär aus der Westschweiz in der Folge trotzdem ergriffen und die Sektion Bern Postpersonal und andere Sektionen unterstützten es. Letztlich scheiterte aber das Vorhaben, die PTT-Reform einer Volksabstimmung zuzuführen dann trotzdem, weil die nötigen Unterschriften nicht zusammenkamen.

Das Personal verlor in dieser Auseinandersetzung viel: Lohndruck und Auslagerungen werden zur Normalität.

1998

Kurz nach ihrer Jubelfeier in Olten informierte die Swisscom nach erfolgter Umsetzung der PTT-Reform über den Abbau von 6000 Stellen. Dies gab dann auch den Telecom-Kolleg/innen zu denken aber wirklich Widerstand formierte sich trotzdem nicht.

1999

Nach der Zerschlagung der PTT-Betriebe und der Aufteilung in Post und Swisscom brachen die Auswirkungen dieser Liberalisierung mit geballter Wucht auf die noch PTT-Personalverbände ein. Mit der Fusion der Gewerkschaften PTT-Union (uniformiertes Personal Zustellung, Verarbeitung, Transport Post; Telekommuni-

kation), VSPB (Verband Schweizerischer Postbeamtinnen und Postbeamten), SPV (Schweizerischer Posthalterverband), VSTTB (Telekommunikationspersonal) und der Sektion Post des PVB (Personalverband der Bundesverwaltung) – ohne aber der Sektion Telecom des PVB – zur Gewerkschaft Kommunikation entstand eine erste Branchengewerkschaft für die Bereiche Post, Telekommunikation und Flugsicherung.

Die Sektion Bern Postpersonal fusionierte folgerichtig am 1. April 1999 mit den Ortssektionen des Beamten- und Posthalterverbandes und zählte zu Beginn fast 3000 Mitglieder. Gleichzeitig wurde die Sektion Zentrale Bereiche Post gegründet. Dieser Sektion waren die Gewerkschaftsmitglieder aus den fusionierten Verbänden (insbesondere die PVB Sektion Post) angeschlossen, welche am Hauptsitz der Post (damals in der Schönburg) und bei Postfinance tätig waren.

Zum ersten Präsidenten wurde Peter Traber gewählt, auf ihn folgten Andreas Urben und Rolf Zimmerli.

Auf der Telecomseite schlossen sich die Sektionen Bern und Thun der ehemaligen PTT-Union zusammen. Die ersten Präsidenten waren Roland Gutmann und Georg Bodmer.



Aus dem Argumentarium der Sektion für ein Referendum gegen die PTT-Reform.

Zur Unterstützung und Entlastung der Sektionen wurden Regionalsekretariate in Bern, Lausanne und Zürich eingerichtet. In den Folgejahren entstanden insgesamt 10 regionale Standorte.

Währenddessen wurden die ersten Poststellen geschlossen und auf Bundesebene die Abschaffung des Beamtengesetzes (Beamtenstatus) sowie die Einführung des neuen Bundespersonalgesetzes vorbereitet. Für das Postpersonal bedeutete dies vor allem eine Verschlechterung des Kündigungsschutzes. Das Postpersonal sollte mit dem neuen Gesetz einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt werden. Die Gewerkschaften und Personalverbände des Bundespersonals wehren sich schliesslich mit einem Referendum gegen diese Gesetzesvorlage. Allerdings erfolglos. Die Volksabstimmung Ende 2000 zementierte das neue Personalgesetz mit über 60% Ja-Stimmen.

2001

Erste Betriebsschliessungen auf dem Platz Bern wurden bekannt gegeben. Als erste wehrten sich am 8. Juni 2001 die Mitarbeitenden der Wertzeichendruckerei in Ostermundigen, nachdem die Post bekannt gegeben hatte, ihre Briefmarken nicht mehr selber drucken zu wollen, sondern bei der Firma Helio Courvoisier in La Chaux-de-Fonds herstellen zu lassen. Nach Jahrzehnten war dies die erste Protestaktion für den Erhalt von Arbeitsplätzen bei der Post. Verhindern liess sich die Schliessung der Druckerei nicht. Aber immerhin konnten die sogenannten Richtlinien 96–2000 durchgesetzt werden. Diese waren der postalische Ur-Sozialplan, dessen qualitative Inhalte seither nicht mehr erreicht wurden.



Praktisch gleichzeitig kündigte die Post die Schliessung des Paketzentrums in der Berner Schanzenpost an. Mit der Umsetzung des Paketpostkonzeptes 2000 baute die Post nämlich in Frauenfeld, Härkingen und Daillens drei modernste Paketverarbeitungszentren. Damit konnte sie die bisherige Paketverarbeitung in den urbanen Zentren schliessen, was auch einen grossen Teil des bestehenden Personalkörpers «überflüssig» machte. Zudem zeigte sich die Post betreffend Sozialplan nicht mehr bereit, die Richtlinien 96–2000 anzuwenden. Die Sektion Bern Postpersonal führte Betriebsversammlungen durch, an welchen eine Protestaktion beschlossen wurde. Diese wurde schliesslich von der gesamten Belegschaft des Tagdienstes mitgetragen (100%-Beteiligung). Die mehrstündige Arbeitsniederlegung im Sinne eines Warnstreikes – neben Bern beteiligten sich daran auch die Westschweizer und Tessiner Kolleg/innen – bewirkte, dass die Inhalte des Sozialplans nachgebessert wurden. Das definitive Lichterlöschen im Paketzentrum Bern folgte per 31. Dezember 2002.

Parallel zu diesen beiden Schliessungen wurden Abbaupläne beim Poststellennetz vorangetrieben. Projekte mit Namen wie «Optima» und «Typisie-

Warnstreik gegen die Schliessung des Paketzentrums in der Berner Schanzenpost. Am Mikrophon Hans Ueli Ruchti, Generalsekretär der Gewerkschaft Kommunikation.

«Postdienste für alle!» hatten zum Ziel, bis 1600 Poststellen zu schliessen. Für die Stadt Bern hätte dies den Abbau der Hälfte der Stadtfilialen bedeutet. Eine erste Petition mit über 125000 Unterschriften zeigte, dass die Bevölkerung keinen derartigen Kahlschlag mittragen würde. Um diesen Abbau zu bekämpfen, startete die Gewerkschaft Kommunikation die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Postdienste für alle!».

2002 – 2003

Auf den 1. Januar 2002 trat der mit den Gewerkschaften ausgehandelte Gesamtarbeitsvertrag in Kraft, welcher seither mehrfach revidiert wurde. Am 29. April konnten die Initiative «Postdienste für alle!» bei der Bundeskanzlei mit 106000 beglaubigten Unterschriften eingereicht werden.

Nach der Paketpost kam die Briefpost dran. Das Projekt REMA hatte noch viel weitergehende Auswirkungen auf den Personalkörper. Von den damals gut 8500 in 18 Briefzentren beschäftigten Personen sollte mehr als die Hälfte die Stelle verlieren und die Anzahl Standorte auf drei zusammengestrichen werden: Zürich, Härkingen, Eclepens. Eine noch am Tag der Bekanntgabe kurzfristig organisierte Protestversammlung begann um 15.00 Uhr auf der Parkterrasse vor dem Briefzentrum und wurde von gut 150 entschlossenen Betroffenen mitgetragen. An darauf in allen 18 Briefzentren durchgeführten Betriebsversammlungen beauftragten die Teilnehmenden die Gewerkschaft Kommunikation, Anfang Dezember einen ersten 24-stündigen (Warn)Streik zu organisieren, um den Druck weiter auszubauen. Am 25. November rangen sich Konzernleitung und Verwaltungs-

rat Post scheinbar zu einem Rückzug durch. Auf die Streikaktionen wurde deshalb vorerst verzichtet. Kampfmassnahmen brauchte es aber dann trotzdem. Einerseits um Arbeitsplätze zu erhalten und andererseits, um die Ausgestaltung des Sozialplans zu verbessern. Dies lohnte sich: So konnte der beste Sozialplan nach Einführung des GAV Post durchgesetzt werden und die Anzahl Verarbeitungszentren wurde dank regionalpolitisch starkem Druck um 6 Standorte erweitert: Basel, Bern-Ostermundigen, Cadenazzo, Genf, Gossau und Luzern.

Bern-Ostermundigen wurde am 30. Juni 2018 nach 9 Jahren Betriebszeit geschlossen. Leider war der seinerzeitige Widerstand der Schanzenpostbelegschaft nicht mehr vorhanden, um abermals berechnete Anliegen der Belegschaft durchzusetzen. So blieb es bei den Lösungen gemäss dem bestehenden Sozialplan Post. Dies bedeutete, dass dem betroffenen Personal der Weg nach Härkingen nicht erspart blieb, ausser es wäre im pensionierungsfähigen Alter gewesen.

2004

Die Post stellte die Kündigung des GAV auf Mitte Jahr in Aussicht. Am 27. Februar führten wir in Bern eine erste Protestaktion durch, welcher im Frühling eine Sensibilisierungskampagne quer durch unser Einzugsgebiet folgte.

Auf den 8. August wurden die Bahnposten aufgehoben. 268 Bahnpostler wurden grösstenteils in den Innendienst versetzt. Wir haben dieses «Ereignis» auf besondere Weise – mit einem Sonderzug – begleitet. Dem Vertreter von PostMail wurde eine Urne samt Bahn-



postwagen überreicht. Über die Aktion wurde ein Dokumentarfilm gedreht.

Am 26. September fand die Abstimmung über die Volksinitiative «Post für alle!» statt. Beim Volksmehr unterlagen wir äusserst knapp mit 49.8 % Ja zu 50.2 % Nein. Bitter, dass insbesondere in den Kantonen Bern und Zürich die am meisten vom Abbau betroffene Landbevölkerung in der Regel mit Zweidrittelsmehrheiten abgelehnt hatte.

2005

Auslagerung des Bereiches Expresspost in die Expresspost AG: Weil das Kuriergeschäft nicht zum Grundversorgungsangebot an postalischen Dienstleistungen gehört, konnte dem Personal ein GAV vorgesetzt werden, welcher sich inhaltlich drastisch vom bisherigen Vertragswerk unterschied.

Am 12. November führte die Gewerkschaft Kommunikation in Bern eine eigene Kundgebung für «Jetzt mehr Lohn!» durch. Über 3000 Personen nahmen an dieser Protestaktion auf dem Waisenhausplatz teil.

2006

Der Abbau beim Poststellennetz – diesmal unter dem Titel «YMAGO» – wurde unaufhaltsam vorangetrieben. Gleichzeitig begann man die Einreichungen der Poststellenleiter/innen zu überprü-

fen. Für das Personal von Poststellen & Verkauf wurde eine Tagung durchgeführt, welche schliesslich am 5. November gut 800 Personen in die Festhalle nach Bern bewegte.

2007

Pöstler aus ganz Europa protestierten gegen die Auswüchse der Postmarktliberalisierung.

2009

7. März: Schliessung Briefzentrum Bern. Wir begleiten die Betriebsschliessung mit einem grossen Fest. Motto: «Yes we can!» Der Event übertraf alle Erwartungen und war mit 300 Teilnehmenden der mit Abstand bestbesuchte Sektionsanlass der letzten Jahre.



2010

Mit der Fusion der Gewerkschaften Kommunikation und comedia (Graphische Industrie und Verpackungsdruck, Buch- und Medienhandel, Presse und elektronische Medien, visuelle Kommunikation) wurde das Spektrum des gewerkschaftlichen Organisationsbereiches verfeinert und namentlich um den Bereich Medien (ex comedia)

Links: Fahrt der letzten Bahnpost.

Unten: Fest zur kritischen Begleitung der Betriebsschliessung des Briefzentrums (BZ) Bern.

erweitert: Post- und Finanzdienstleistungen, KEP & Mail, Infrastruktur, Strassentransport, ICT (Telecom / IT), Telecomgewerbe, Call-Center sowie Facility Management. Insgesamt tritt syndicom heute in 13 Branchen als Gewerkschaft auf. Auf dem Platz Bern hatte dies zur Folge, dass die Sektion Bern Postpersonal weiterhin den Schwerpunkt in den Branchen Post/Logistik und Personentransport abdeckt, während die Sektion Bern syndicom unter diesem Namen neu gegründet wurde, indem die Sektion Zentrale Bereiche Post mit ihren Bereichen darin aufging (Hauptsitz Post und Postfinance). Dasselbe geschah mit den Sektionen Bern-Telecom und comedia Bern und deren Bereichen. Das Präsidium übernahmen Peter Reichen und Ursula Meier-Gründer.

2011/2012

Der GAV Post wird ein erstes Mal grundlegend überarbeitet und angepasst. Teile des OR halten Einzug und führen zu entsprechenden Anpassungen in den Arbeitsbedingungen. Auf Grund der Postgesetzrevision von 2012 zeichnet sich ab, dass das Bundespersonalgesetz komplett als Rechtsgrundlage abgelöst wird.

2013 bis 2015

Der GAV Post wird definitiv neu verhandelt, das Motto lautet: «Umbau Ja, Abbau Nein.» Was gut tönt, erweist sich als riesige Knacknuss. Einerseits, weil das Bundespersonalgesetz als Grundlage wegfällt und durch das OR ersetzt wird. Andererseits erweist sich auch der zweite Slogan «alles Gelbe unter einem Dach» als schwer durchsetzbar. Der Preis scheint zwischenzeitlich zu hoch. 2014 werden die Verhandlungen

schliesslich unterbrochen, um mittels einer Mobilisierung der Mitgliedschaft mehr Druck auf die Post aufbauen zu können.

Im Frühling 2015 werden schliesslich drei neue GAV verabschiedet (Post CH AG, Postfinance AG, Postauto – hier hat man das AG vergessen), welche durchaus auch Abbau enthalten. So ist beispielsweise kein automatischer Lohnanstieg über den bisherigen Erfahrungsanteil mehr drin, weil die Erfahrung nur noch über die individuelle Leistung abgegolten werden soll, wenn überhaupt. Denn solche Lohnmassnahmen sind nur als Einmalereignis vorgesehen. Die Laufdauer ist auf drei Jahre festgelegt – 2016 bis 2018.

2017

Die Gesamtarbeitsverträge Post CH AG, Postfinance AG und Postauto werden vorzeitig um 2 Jahre verlängert und laufen somit weiter bis am 31. Dezember 2020. Gestrichen wird zudem die Übergangslösung für die Treueprämie nach altem GAV. Seitens der Arbeitgeberin werden zudem zig Anpassungen vorangetrieben. Man wird den Eindruck nicht los, dass da vor der Neuverhandlung bereits unzählige Nägel mit Köpfen gemacht werden sollen. Dies alles ohne, dass den Inhalten der vorliegenden Papiere effektiv richtig nachgelebt wird. Erschwerend hinzu kommt, dass das Personal bei der Durchsetzung der Inhalte nicht wirklich entschlossen mitmacht.

Von der Typographia zu syndicom

Dieser Artikel – ein Streifzug durch die Geschichte von 1848 bis 2018 – darf auf den folgenden Seiten in geraffter Form ein Bild der Berner Druckergewerkschaft in Entstehung, Veränderung, Fortschritt und Fusionen wiedergeben. Erlaubt sei auch ein Blick aufs politische Zeitgeschehen.

Wir gratulieren und freuen uns, mit diesem Beitrag die Festschrift zum 125-Jahr-Jubiläum der Sektion Telecom Bern zu bereichern.

DIE TYPOGRAPHIA

BEWEGUNGEN UND EREIGNISSE

1848

Am 12. September 1848 wurde die erste Bundesversammlung beschlossen. Sie garantiert allen Bürgern die Gleichheit vor dem Gesetz, die Niederlassungsfreiheit, die Gewerbefreiheit, die Glaubens-, Gewissens- und Kulturfreiheit, das Petitionsrecht, die Pressefreiheit und das Vereinsrecht. Bern wird zur Hauptstadt der Schweiz.

Die neue Verfassung und der Ausgang der politischen Ereignisse bildeten den Anstoss für den organisatorischen Zusammenschluss der Schriftsetzer- und Buchdruckergehilfen.

1848 gab sich der Typographische Verein gewerkschaftliche Richtlinien, und so war die Gründung der Typographia Bern rechtskräftig geworden. Organisiert waren Gehilfen und Prinzipale zur Sicherstellung des Buchdruckerwesens und der Besserstellung des Verdienstes.

1858

Am 13. Februar 1858 erschien die erste Nummer der «Helvetischen Typographia» mit dem Leitspruch im Titel: «Zur Besprechung sozialer und technischer Fragen für die Buchdruckerkunst und die verwandten Fächer». Der Schweizerische Typographenbund wurde am 15. August aus der Taufe gehoben. Mit der Zeit wurden Statuten ausgearbeitet und es entstand ein Stiftungsfonds für Invalide, Witwen und Waisen. In den folgenden Jahren war das Bedürfnis nach beruflicher Bildung und technischer Vervollkommnung fühlbarer geworden. Besonders die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und jene der Lehrlingsausbildung waren von Anfang an ein Hauptanliegen.

1874

Der 1869 gegründete Verein Schweizerischer Buchdruckereibesitzer bot 1874 den Gehilfen Verhandlungen für einen schweizerischen Normaltarif an. Dieser wurde jedoch abgelehnt, weil man fürchtete, dadurch die errungenen Ansätze zu verlieren.

1887

Gründung des Schweizerischen Lithographenbundes (SLB) mit Krankenkasse und Arbeitsnachweis.

1888

Gründung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, SPS.



Am 13. Februar 1858 erschien die erste Nummer der «Helvetischen Typographia» mit dem Leitspruch im Titel: «Zur Besprechung sozialer und technischer Fragen für die Buchdruckerkunst und die verwandten Fächer».

- 1889**
Gründung des Schweizerischen Buchbinderverbandes.
Petition der Typographia Bern an den Bundesrat für die Reduktion der Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden.
- 1898**
50 Jahre Typographia Bern (1848–1898).
Gründung der Unionsdruckerei Bern durch Albert Berner.
In 29 Druckereien der Stadt Bern arbeiteten 272 Kollegen.
- 1923**
Jubiläumsfeier. 75-jähriges Bestehen der Typographia Bern.
- 1932**
brachte die schärfste Krise und eine früher nie gekannte Arbeitslosigkeit mit all ihren Nebenfolgen. Frischausgelernte wurden mit der Beendigung der Lehrzeit entlassen und fanden monatelang keine Anstellung.
- 1939**
Generalmobilmachung der Armee.

1940
1440 bis 1940. Ein Buchdruck-Jubiläum wird gefeiert. Dieses gilt dem Gedächtnis des Erfinders der Typografie – der beweglichen Lettern aus Blei gegossen –, folglich dem Vater des Buchdrucks. 500 Jahre sind es her, seit Johannes Gutenberg den Druck ab beweglichen Lettern erfunden hat. Das Formen und Giessen dieser Typen, das Zusammensetzen zu Zeilen und Seiten ist seine grosse Erfindung, dazu das Drucken in seiner von ihm entworfenen Handpresse. Strassburg und Mainz waren die Stätten seiner genialen Erfindertätigkeit. «Die Weltmacht Presse feiert heute den Urheber ihrer Anfänge. Und wir, die Jünger Gutenbergs, huldigen ihrem Altmeister! Was setzt und druckt in der weiten Welt, von Hand oder Maschine, in allen Typen der Völkerschriften, gedenkt heute in Ehrfurcht ihres Meisters . . .» Aus der Festnummer «Helvetische Typographia», Organ für die Interessen des Schweizerischen Typographenbundes; Basel, 21. Juni 1940.

- 1945**
Waffenruhe, Aufhebung des Aktivdienstes.
- 1947**
AHV bei hoher Stimmbeteiligung deutlich angenommen.
Erster GAV für das Hilfspersonal im grafischen Gewerbe.
- 1948**
100-jähriges Bestehen der Typographia Bern.
Jahrhundertfeiern des Bundesstaates.
- 1971**
Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts.
- 1972**
In einem Übergangsvertrag für zwei Jahre erreicht der Schweizerische Typographenbund (STB) die Arbeitszeitverkürzung von 44 auf 43 Stunden und verbesserte Sozialleistungen.
- 1973**
125. Geburtstag der Typographia Bern.
Willi Ritschard als erster Arbeiter in den Bundesrat gewählt.
100 Jahre Männerchor Typographia Bern.
- 1975**
Die angekündigte Rezession hat sich im Jahre 1975 zu einer klaren Krise ausgeweitet. Die Typographia Bern verzeichnete am Jahresende 84 Arbeitslose.



«DAS LEBEN IN DER GEWERKSCHAFTLICHEN GEMEINSCHAFT darf nicht nur einfach Gegengewichte schaffen zur etablierten wirtschaftlichen und politischen Macht. Es muss darüber hinaus den Mitgliedern die Erfahrung vermitteln, dass sie selbst konkret Einfluss nehmen können auf die Geschehnisse. So kann das gewerkschaftliche Leben beispielgebend sein; kann Gewerkschaftsdemokratie ihrerseits ansteckend sein für andere. Ansteckend wie das Lachen und die Freude.»

RUTH DREIFUSS

DIE GEWERKSCHAFT DRUCK UND PAPIER (GDP)

BEWEGUNGEN UND EREIGNISSE

1979

erscheint der letzte Jahresbericht unter dem Namen der Typographia Bern. Kurz vor Jahresende haben die zuständigen Instanzen des Schweizerischen Typographenbundes (Zentralpräsident seit 1967: Erwin Gerster) und des Schweizerischen Buchbinder- und Kartonagerverbandes nach 131- beziehungsweise 90-jährigem Bestehen die Auflösung und zugleich die Fusion zur Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) beschlossen.

1981

Auf Verbandsebene wird Erwin Gerster zum GDP-Zentralpräsidenten gewählt. Hundert Entlassungen sind auf Sektionsebene zu verzeichnen in der Verbandsdruckerei in Bern.

1984

betrug der Anteil der lernenden Typografinnen 52%. Das Druckzentrum vernichtet Arbeitsplätze. Über die gemeinsame Herausgabe der «Berner Zeitung» (BZ) sind die Druckhäuser Betadruk (früher die Druckerei des «Berner Tagblattes») beziehungsweise VEBE in Bern, Fischerdruck in Münsingen (früher «Tages-Nachrichten»/«Berner Nachrichten») und die Emmental Druck AG in Langnau (früher «Emmentaler Blatt»/«Berner Zeitung») wirtschaftlich stark miteinander verknüpft. Der Zusammenschluss zur «Berner Zeitung» wurde ohne grösseren Widerstand möglich, weil die Gesamtauflage von gegen 120 000 Exemplaren je zu rund einem Drittel in Langnau, Münsingen und Bern gedruckt wurde und bei der Satzherstellung ebenfalls ein mengenmässiger Ausgleich unter den drei Druckereien praktiziert wurde.

1985

Die ordentliche Delegiertenversammlung in Zürich beschloss, eine ständige Frauenkommission in die Statuten aufzunehmen.

1986

Erste Versuche der GDP zu Gesprächen mit dem Schweizerischen Lithographenbund (SLB) über einen Zusammenschluss. GDP, SJU und SSM befassen sich mit den Themen «Elektronisierung der Medien» und «Der Weg zur IG Medien».

GDP *Gewerkschaft Druck und Papier*; SLB *Schweizerischer Lithographenbund*; SJU *Schweizerische Journalistinnen- und Journalisten-Union*; SSM *Schweizer Syndicat Medienschaffender*; SVJ *Schweizer Verband der Journalistinnen und Journalisten*; ASB *Angestelltenverband des Schweizer Buchhandels*.

1988

Seit 1. April herrscht in der Branche ein vertragsloser Zustand. 550 Personen versammelten sich im «Schweizerbund», dem heutigen «Mappamondo», in Bern zum Protest, um den laufenden Verhandlungen den nötigen Druck aufzusetzen.

1994

Die wirtschaftliche Situation hat sich nicht verbessert. Bei den arbeitslosen GDP-Mitgliedern nahmen die Aussteuerungen zu und die Unterstützung aus dem Hilfsfonds und der Zuschusskasse reichte nicht aus.



1996/1997

An der Sektionsversammlung vom 17. September 1996 nahmen immerhin 43 Mitglieder teil. Thema: Fusion der Mediengewerkschaften. Als positiv darf der Umstand bezeichnet werden, dass nun der Fusionszug GDP, SLB, SJU und SSM endlich in Fahrt kommt.

Mit der gemeinsamen Sektionsversammlung «Gemeinsam die Zukunft gestalten» am 23. September wollte man die Mitglieder beider grafischen Gewerkschaften (GDP und SLB) auf die kommende Fusion im Medienbereich vorbereiten. Der Name «comedia» der zu gründenden Schweizer Mediengewerkschaft gab viel zu reden.

1998

Die 150-Jahr-Feier auf dem Berner Hausberg Gurten, 7. Juni 1998. Der feierliche Festakt wurde gesanglich umrahmt von der Chorgemeinschaft Männerchor Typographia / Männerchor Bümpliz.

Gruppierungen und Bildungssparten damals: Alte Garde, gegründet im Jahre 1950; Jugendgruppe; Männerchor Typographia Bern; Schweizerischer Verband für Drucktechnik (SVD); Sparte Typographische Vereinigung, entstanden aus dem Typographischen Club im Jahr 1925; Sparte Buchbinder und Kartonager Bern.

Quelle 1848 bis 1998: Broschüre «150 Jahre Sektion Bern der Gewerkschaft Druck und Papier», 1999

«DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG, in der Marx und Engels nur eine Übergangsstufe auf dem Weg der Gründung revolutionärer politischer Parteien sahen, hat sich als die inspirierendste Verkörperung der christlichen Tugenden von Selbstlosigkeit und Nächstenliebe in der Geschichte erwiesen. Der Aufstieg der Gewerkschaften ist, moralisch gesehen, die ermutigendste Entwicklung der Neuzeit ... Auch wenn viele Gewerkschaften mit der Zeit korrupt geworden und viele andere verknöchert sind, überragen sie, was ihre moralische Statur angeht, Kirchen- und Wirtschaftsunternehmer, Regierungen und Universitäten bei weitem. Denn die Gewerkschaften wurden von Männern und Frauen gegründet, die enorm viel zu verlieren hatten, die ihre Arbeitsplätze aufs Spiel setzten und damit die Chance, ihre Familien mit dem Nötigsten zu versorgen. Sie nahmen dieses Risiko um einer besseren Zukunft willen auf sich, und wir alle stehen tief in ihrer Schuld. Den Organisationen, die von ihnen gegründet wurden, kommt durch ihre Opfer eine ganz besondere Würde zu.»

RICHARD RORTY

Le syndicat des médias Comedia a manifesté en l'honneur de l'âge de la retraite et pour le renforcement

Couchepin, coquin, ta réforme, c'est du vol.» C'est avec ce genre de slogan que les participants au congrès de Comedia, le syndicat des médias (voir encadré) ont défilé, hier en fin d'après-midi, dans la ville de Martigny. Cette manifestation symbolique visait à démontrer l'opposition du syndicat aux propositions extrêmes énoncées récemment par Pascal Couchepin. On rappellera que ce dernier préconise, entre autres mesures du même acabit, de porter l'âge de la retraite à 67 ans.

Désireux d'assurer l'avenir du système de sécurité sociale



comedia SEKTOR DRUCK, SEKTION BERN BEWEGUNGEN UND EREIGNISSE

1998/1999

Nachdem sich am 11. Dezember 1998 im Kursaal zu Bern die gesamtschweizerische Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) aufgelöst hatte, um in einer Fusion in die Medien-gewerkschaft comedia einzugehen, rumorte es auf dem Platz Bern in den folgenden Monaten. Nach längeren juristischen Querelen und einer schwierigen Übergangszeit konnte Mitte September in Bern die GDP-Sektion Bern ordentlich aufgelöst werden; im Anschluss an diese Versammlung kam es zur Gründung der Sektion Bern des comedia-Sektors Druck. So fanden am Abend des 15. September 1999 die vierstündigen Beratungen im Saal des Restaurants Jardin in Bern ein Ende, das der Gewerkschaftsbewegung würdig ist. (Paul Ignaz Vogel, *Sonderdruck 140 Jahre Gewerkschaft Druck und Papier – vormals Schweizerischer Typographenbund; aus der «Helvetischen Typographia»*)



44

1999

Rückblick: Die «Interessengemeinschaft pro comedia» setzte sich an der Hauptversammlung der GDP-Sektion Bern vom 24. April 1999 in allen Belangen durch: Unter anderem wurde der Rückzug der Klage gegen comedia erreicht, die Abberufung des Sekretärs fand eine überwiegende Zustimmung. An dieser Versammlung entschied sich die Mehrheit der 172 Anwesenden gegen die Befürworter des Alleingangs und wählte sechs neue Kräfte in den Vorstand, dem nun die bedeutsame Aufgabe zukam, die GDP-Sektion Bern hin zur comedia zu führen. (Emil Schneuwly, *Präsident, im Jahresbericht comedia Sektion Bern*)

Warnstreik vom 13. Oktober, GAV-Verhandlungen: «viscom an den Verhand-

lungstisch», «Fr. 200.– mehr Lohn für alle», «Speditionspersonal muss dem GAV unterstellt werden». comedia und viscom sagten Ja zum GAV, Löhne wurden um Fr. 60.– erhöht(!).



«comedia WIRD DIE IMMER STÄRKERE VERFLECHTUNG der verschiedenen Informationsträger berücksichtigen und daher auch Angehörige sämtlicher Medienberufe auf sich vereinen. Sie sollen eine gemeinsame Kraft bilden, die sich jeder Form von Absolutismus entgegenstellt und sich für Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit einsetzt.»

CHRISTIAN TIREFORT

2000

«Eroberung des Berner Oberlandes» durch die «Berner Zeitung»: Das «Thuner Tagblatt» und der «Berner Oberländer» sind seit Anfang Jahr Kopfblätter der «Berner Zeitung» mit bloss noch eigenen Lokalredaktionen in Thun, Spiez und Interlaken. Auf Druck von comedia konnten bei der Fa. Maurer AG, Spiez, der Schaer Thun AG und der Schläfli-Maurer AG, Interlaken, Sozialpläne ausgehandelt werden.

Lohnverhandlung in den Betrieben wird infrage gestellt. Positiven Bericht gibt es von der Betriebskommission der Bubenberg Druck- und Verlags-AG.

2001

Terroranschläge vom 11. September in den USA. Amoklauf in Zug.

Frauen feiern: 5 Jahre Gleichstellungsgesetz, 10 Jahre Frauenstreik, 30 Jahre Stimm- und Wahlrecht.



Illustre Runde aktiver Gewerkschaftsmitglieder nach einer Hauptversammlung der comedia-Sektion Bern im Volkshaus. Toni Glatzfelder, Roland Kreuzer, Kurt Spicher, Yvonne Flükiger, Emil Schneuwly, Martin Balmer, Regina Balmer, Sabine Harbich, Hans-Peter Graf, Jörg Zaugg (v.l.n.r.).

45



Kundgebung in Solothurn, Sommer 2004



Sekretariat comedia Sektion Bern



Frauenpower, 8. März 2004

2004
Der neue Gesamtarbeitsvertrag wird unterschrieben, das Wichtigste in Kürze: Vier Jahre Laufzeit des GAV; Erhöhung der Mindestlöhne; je hälftige Finanzierung der Krankentaggeldversicherung; Zuschläge am Samstagabend entfallen, bleiben aber bestehen für regelmässige Schichtarbeit. Aus dem Bulletin: Bern erinnert sich an den 15. September 1999, Integration in comedia. Wir schreiben im zu Ende gehenden sechsten Berichtsjahr, dass die Sektion gesund ist und auf guten Wegen ... Zur Genüge haben wir erfahren, wie wichtig es ist, hinzustehen, die Hände im richtigen Moment emporzuheben, zur Faust geballt, sie für den Handschlag bereitzuhalten, sie zu benutzen, ging es darum, ein Banner zu tragen, einen Riegel zu schieben, eine Maschine abzustellen, ein Flugblatt zu verteilen oder mit sinnvollen Zeilen einen schriftlichen Beitrag für eine gute Sache zu leisten. *(Aus dem Jahresbericht des Präsidenten)*

2005

Fusion zweier Sektionen. Der Mitgliederschwund und der Mangel an Engagement zwingen die Sektion Berner Oberland/Oberwallis zum Schulterschluss mit der Sektion Bern. Zusammenlegung der beiden Sektoren Druck und Buchbinderei/Verpackung auf Verbandsebene. *Auf Kantonsebene sagten zwei Drittel der Stimmenden am 5. Juni Ja zu guten öffentlichen Spitälern (Spitalversorgungsgesetz).*

syndicom

GEWERKSCHAFT MEDIEN UND KOMMUNIKATION

BEWEGUNGEN UND EREIGNISSE

2010

syndicom wird gegründet am 3. Dezember. Sie ist das Ergebnis einer Entwicklung im gesamtgewerkschaftlichen Gefüge. Die Mitgliederzahl beträgt 37 000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Entstanden ist syndicom aus dem Zusammenschluss der Gewerkschaft Kommunikation (GeKo) und der Mediengewerkschaft comedia. Durch demokratische Strukturen haben die Mitglieder die Möglichkeit, Ausrichtung und Politik ihrer Gewerkschaft zu bestimmen.



2013

Ein neuer GAV für die Branche Grafische Industrie und Verpackung GIV konnte am 1. Juli, nach schwierigen Verhandlungen, abgeschlossen werden. Leider mit Abstrichen bei den Zulagen und einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit unter gewissen Bedingungen auf 42 Stunden.



2014

Die Allgemeinverbindlichkeitsklärung AVE des Gesamtarbeitsvertrages für die grafische Branche ist auch zwei Jahre nach GAV-Abschluss nicht Realität. Gemäss Jahresbericht des Sektionspräsidenten hat viscom immer wieder Mittel gefunden, die AVE zu verhindern.

2015

Präsident Peter Reichen erklärt seinen Rücktritt per HV vom 26.3.2015; und Jürg Tüscher sowie Marcel Friedrich geben ebenfalls ihren Austritt aus dem Sektionsvorstand bekannt.



 **syndicom**

GEWERKSCHAFT MEDIEN UND KOMMUNIKATION
SYNDICAT DES MÉDIAS ET DE LA COMMUNICATION
SINDACATO DEI MEDIA E DELLA COMUNICAZIONE
SINDICAT DA LAS MEDIAS E DA LA COMMUNICAZIUN